

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3.50 RM. monatlich 1.10 RM.
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Schützt für die sechsgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gesellschaftliche Berichte

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Donnerstag, den 6. Januar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verlagsdrucker: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Verlagsdrucker: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Angriffe der Russen in der Butowina bleiben erfolglos.

Parteispaltung.

Mit der Beschuldigung der Parteispaltung glaubt man den schlimmsten Vorwurf erhoben zu haben, der gegen Parteimitglieder überhaupt geschleudert werden kann.

Gäbe es also wirklich Parteigenossen, die diesen Fundamentalsatz politischen Wirkens bestritten und in unsinniger Zerstörungswut die geschlossene Kampfschar wieder auseinanderzureißen trachteten...

Um etwas ganz anderes handelt es sich indessen in dem Parteistreit: Um die Richtung, die die eine oder andere Seite der Partei geben, um das geistige und politische Gepräge, das sie ihr ausdrücken möchte.

Um diesen Kampf um die Festlegung ihrer politischen Richtlinien wird die Partei nicht herum kommen. Er wird sich durch Jahre hindurchziehen und manche Aenderung bringen.

Diese Auseinandersetzung ist es, die der Partei harzt, und die sowohl in klärender Aussprache und Beschlüssen der Parteitage wie in der praktischen Stellungnahme zu den politischen Problemen der nächsten Zeit ihren Ausdruck und ihre Lösung finden wird.

Die Parteigenossen tun gut daran, eine solche Anschuldigung stets als das zu betrachten, was einzig dahinter steckt: entweder als das Eingeständnis der Unfähigkeit, überhaupt sachlich zu diskutieren, oder als die Absicht, die Aufmerksamkeit vom Kern der Sache selbst abzulenken.

Zurzeit ist z. B. in einem Teil der Parteipresse der Genosse Rühle die Zielscheibe solcher Angriffe. Rühle hat selbst, wie wir bereits an anderer Stelle sagten, durch nicht gerade geschickte Präzisierung einzelner Sätze das ihm widerfahrne Mißgeschick mitverschuldet.

Wenn wir die Angriffe auf Rühle, die auch von links stehenden Blättern wegen seiner nur zu leicht mißzu deutenden Sätze erfolgt sind, durchaus verstehen, so sollten Blätter wie die „Vielefelder Volkswacht“ doch mit gleichem Maß messen.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 5. Januar 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Artillerie- und Minenkämpfe an mehreren Stellen der Front.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 5. Januar. (W. T. B.) Amtlich wird veröffentlicht: Wien, 5. Januar 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

Unsere Truppen in Ostgalizien und an der Grenze der Butowina kämpften auch gestern an allen Punkten siegreich. An der bessarabischen Front setzte der Feind in den ersten Nachmittagsstunden erneuert mit stärkster Geschützfeuer ein.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Infolge besserer Sichtverhältnisse war die Artillerietätigkeit gestern nachmittag an der ganzen kaisersländischen Front lebhafter. Im Arco-Gebiet und namentlich bei Dolavina erreichte sie große Heftigkeit.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine Aenderung. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

werde. Daß sich dann vielleicht ein Häuflein Führer der äußersten Rechten von der Partei trennen werde, müsse schlimmstenfalls mit in Kauf genommen werden.

Freilich stünde auch uns schlecht an, das unehrliche Kesseltreiben gegen den angeblichen Parteierstörer der Linken zu brandmarken, wenn wir umgekehrt feinergetriggt gegen Haenisch das schwere Geschütz parteimoralischer Entrüstung aufgefahren hätten.

Warum findet sich die Rechte der Partei ihrerseits mit Rühles Standpunkt, der ungefähr die Rehrseite desjenigen von Haenisch darstellt, nicht mit ebensoviel Gleichmut und Humor ab, wie wir das mit Haenischs und anderer Darlegungen getan haben?

Es muß wohl so sein, denn sonst vermöchten wir uns wirklich den zornigen Eifer und die gesteigerte Nervosität der „Neuorientierung“ nicht zu erklären.

Zutrauen in die Ueberzeugungskraft seiner Argumente und in die Geschichtstheorie setzt, die er vertritt, der sollte doch, wenn nicht einfach die Zeit, so doch wenigstens sachliche Gründe für sich sprechen lassen, nicht aber mit Entstellungen und persönlichen Verunglimpfungen vorgehen, zumal gegen Parteigenossen, die in dieser Ausnahmezeit nicht einmal auch nur mit einiger Freiheit ihre sachlichen Argumente zu entwickeln vermögen!

Und wenn nicht die einfachste politische Anstandsspflicht, die man von Rechts wegen bei jedem Angehörigen der sozialdemokratischen Partei voraussehen dürfen sollte, die betreffenden Parteigenossen und Parteiblätter von ihrem verdammend-werten Treiben abzuhalten vermag, so sollte man das wenigstens von ihrer Einsicht erwarten.

Sat man auf der Rechten wirklich das Bedürfnis, die Leser mit dem Thema der Parteispaltung zu regalisieren, so sehe man doch gefälligst einmal diesen Lesern den Leitartikel vor, den der Karlsruher „Volkfreund“ in seiner Nummer vom 30. Dezember veröffentlichte, denn viel deutlicher und dringlicher noch als Rühle warnt dort Genosse Kolb vor der Ueberschätzung der bloßen Einheit der Partei.

„Nichts wäre für die Politik der Sozialdemokratie verhängnisvoller, als der rein formalen Einheit wegen der Konsequenzen der Politik des 4. August wieder aus dem Wege zu gehen und einen unhaltbaren Kompromiß zu schließen.“

Kolb hält also ein künftiges Zusammenarbeiten der Rechten mit der Linken für völlig ausgeschlossen! Dabei aber ist er ehrlich und gerade genug anzuerkennen, daß die Linke durchaus die Grundsätze vertritt, die von den Dresdenener und Magdeburger Parteitagen festgelegt worden sind!

Wollten wir es also so machen, wie das Vielefelder Blatt, so müßten wir Kolb außer anderen Liebenswürdigkeiten auch das Älteste an den Kopf werfen, daß „ihm das Wesen der Partei völlig fremd geblieben“ sei.

Aber wir bedanken uns für solche polemischen Unsitte. Kolb ist unser schärfster parteipolitischer Gegner, ein unerbittlicher Widersacher unserer Anschauungen, aber wir würden uns schämen, wenn wir ihn deshalb für einen Ignoranten erklären wollten.

Über wir glaubten auch nichts als ein nichtsagendes und verwirrendes Schlagwort gebraucht zu haben, wenn wir unerseits den Genossen Kolb als einen „Parteiverderber“ denunzierten, der auf die „Parteispaltung“ hinarbeite.

Was der Partei nach der Krise der letzten Jahre, der Erschütterung ihrer ganzen Auffassung und der tiefen Zerrissenheit und Gegenfährlichkeit ihrer führenden Kreise nottut,

ist vor allem innere Klärung. Sie allein vermag eine größere Steifigkeit ihres künftigen Sturzes zu gewährleisten und ähnliche Katastrophen zu verhüten, wie wir sie erleben. Gründliche, tiefgründige Aussprache und Untersuchung der Meinungsgegenstände in der Partei sind dem notwendigen Prozeß der Klärung nur dienlich. Schädlich nur sind alle Methoden der Vergewaltigung und persönlichen, heimgelächlichen Begünstigung.

Die Ereignisse selbst werden, davon sind wir fest überzeugt, das deutsche Proletariat fester zusammenschweißen denn je. Und nicht „neuorientieren“ wird sich die Sozialdemokratie nach der rasch angelegenen Tagesweisheit der Umkerner, sondern noch fester auf den soliden Boden der langen geschichtlichen Erfahrung und der neubestätigten marxistischen Theorien stellen.

Aber da die politische und ökonomische Entwicklung sich nicht plump mechanisch, sondern durch die vereinte Tätigkeit denkender Menschen vollzieht, wird die Entwicklung sich um so rascher und gleichmäßiger vollziehen, je klarer ihre Richtung und ihr Zweck den Massen zum Bewußtsein kommt.

Die freie Aussprache der Meinungsgegenstände in der Partei vermag nur die Klarheit der geschichtlichen und ökonomischen Erkenntnis der Massen zu schärfen. Sie fördert nicht, sondern mindert gerade die Gefahr einer Parteisplaltung.

### Der Protest Griechenlands.

Athen, 4. Januar. (B. Z. V.) Neutermeldung. Heute morgen wurde den Gesandten der Vierverbandsmächte ein schriftlicher Protest gegen die Verhaftung der griechischen Untertanen übermittelt. Die Antwort der Entente auf den Protest wegen der Verhaftung der Konsula in Saloniki ist noch nicht eingetroffen.

### Zur Stellungnahme des Königs Konstantin.

Wien, 5. Januar. (B. Z. V.) Die „Südslawische Korrespondenz“ meldet aus Athen: Griechische Blätter veröffentlichten den Wortlaut der Unterredung des Königs Konstantin mit einem Vertreter des „Daily Chronicle“. Der König sagte noch: Wenn die Bulgaren unsere Grenze überschreiten, so bin ich überzeugt, daß sie sich wieder friedlich zurückziehen werden, sobald das Unternehmen beendet sein wird. Die Beziehungen zwischen Griechenland und Bulgarien sind ausgezeichnet. Den verschiedenen Zwischenträgern, die an den Klatsch alter Weiber erinnern, schenke ich keinerlei Aufmerksamkeit. Die „Südslawische Korrespondenz“ bemerkt dazu: In der Wiedergabe der Unterredung durch „Reuter“ ist dieser Teil der Worte des Königs nicht aufgenommen worden.

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 4. Januar. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Dienstag nachmittag. Kein Ereignis von Bedeutung während der verflochtenen Nacht. Gestern abend gehörte unsere Artillerie an der Grenze von Andech in der Gegend von Roche ein Haus, in dem Maschinengewehre untergebracht waren.

Paris, 5. Januar. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Dienstagabend. Im Artois verursachte unsere Artillerie feindlichen Arbeitergruppen im Abschnitt von Thelus empfindlichen Schaden. Im Norden von Arras richteten unsere Batterien ein heftiges Feuer auf deutsche Truppen, die man in den Vorstädten von Roche bemerkt hatte. In den Vogesen wirkte Feuer auf die feindlichen Werke in der Gegend von Walschweiler, nordwestlich von Altkirch. Die feindlichen Gräben wurden eingeebnet, ein Munitionsschuppen flog in die Luft.

Belgischer Bericht. Nach einer ruhigen Nacht wurde der Artilleriekampf mit Heftigkeit im Abschnitt von Dinanden und Braischen wieder aufgenommen. Im Laufe des Morgens bei Steensirrote Bombentampf, der sich zu unseren Gunsten wandte.

### Deutsche Verwaltung im besetzten russischen Gebiet.

Hauptquartier des Oberbefehlshabers, 20. Dezember 1915.

Die Vorstellungen und Wünsche der meisten Leser spannen im allgemeinen unter dem Titel von der Heimat zu den Truppen an der Front hinüber. Hier weisen sie mit ihren Gedanken, ihrem Hoffen und Furchen, mit ihren Sorgen und Erwartungen. Das ist natürlich: die Front ist die Kampe des Kriegstheater. Hier vollzieht sich die Handlung, hier wechseln die blutigen Szenen im welterschütternden Drama des furchtbaren Ringens, das die Menschheit je erlebt. Hier hält der Tod seine reichste Ernte, und jeder Stroh in die Brust eines Soldaten, jeder Schuß, der eines Kriegers Körper trifft, jede Verletzung, jeder Todesfall an der Front ruft auch in der Heimat Wunden auf. Und von den Ereignissen an den Fronten erwartet man die Hauptentscheidung über Dauer und Ausmaß des Krieges. So wirken persönliche und allgemeine Interessen zusammen, die den Schöpfergraden zum Zentralpunkt der Aufmerksamkeit machen.

Die Vorgänge hinter den Kulissen, die sich der Wahrnehmung mehr entziehen, werden weniger gewürdigt. Und auch der breite Raum zwischen der Landesgrenze und den Schützengräben spielt in der Anteilnahme an den Gesamtentscheidungen des Krieges in nur bescheidener Weise hinein. Und doch sind die Zustände und Veränderungen hinter der Front von entscheidendem Einfluß auf die eigentlichen kriegerischen Operationen, und viele Menschen erdulden hier das Krieges Ungemach.

Im Osten ist ein gewaltiges Gebiet, über das die Kriegsmaschine hindrängt und ein großes Werk der Herdringung und Verwüstung vollbringt. Die davon betroffene Bevölkerung hat einen tieferen Zug aus dem Leidensfeld des Krieges, als die Menschen in der nicht zum Kriegsschauplatz gewordenen Heimat. Nur an wenigen ging der bittere Trank vorüber. Den härtesten Guß Vermut ließ Rußland selbst hineinstehen. Welche furchtbare Tragik liegt darin, daß die Truppen des Jaren und seine Regierung Millionen von russischen Untertanen, deren Söhne und Brüder unter russischen Fahnen fochten, in ein Meer von Leid und Qual hineintriefen. Was Rußland gegen die eigene Bevölkerung verbrochen hat, gehört zu dem Unmöglichen, Empörenden und Schändlichsten, was dieser Krieg in so reichem Maße gebot. Und über das von Rußland verwüstete Land strömte weiter nach mit der furchtbaren Kriegsmaschine das Heer der russischen Truppen verfolgenden Deutschen. Von Etappe zu Etappe hatte die im Operationsgebiet zurückgebliebene Bevölkerung das Kreuzfeuer der toben den Kämpfe zu erdulden, die von Hüben und drüben abesandten Geschosse verteilten sie aus der gewohnten friedlichen Beschäftigung, von Haus und Herd, geschürten die Grundlagen ihrer Existenz. Manches Haus ging in Flammen auf oder brach unter der Wucht einschlagender Granaten trauernd zusammen.

Zahlreiche Arbeiter leben sich der Erwerbsmöglichkeit fast vollständig beraubt, die Angehörigen der freien Berufe finden nur engen Spielraum für ihre Tätigkeit, die Kanäle der Nahrungsmittelzufuhr sind verstopft. Der Warenaustausch stockt, die Organe der Armen- und Krankenfürsorge sowie der Rechtspflege verlangen den Dienst, an ein geordnetes, in Rußland ohnehin schon sehr mangel-

Orientarmee. Vulgarische Abteilungen plünderten einige Dörfer an der griechischen Grenze. Sonst ist nichts von unserer Front zu melden.

Dardanellenexpeditionskorps. Weniger lebhaftes Kanonade während des 2. und 3. Sonst ist nichts Wichtiges zu melden.

### Die englische Meldung.

London, 4. Januar. (B. Z. V.) Amtlicher Heeresbericht. Am 4. Januar brachen wir während eines ausgedehnten Artilleriekampfes zwei deutsche Panzibatterien in der Strecke von Armentières zum Schweigen. Weiter nördlich bei Ypern trübten wir eine deutsche Arbeitsabteilung auseinander. Nördlich von Albert eröffnete der Feind nach mehrstündiger Artillerievorbereitung ein heftiges Gewehrfeuer aus seinen Laufgräben. Unser Feuer verhinderte jedoch die Entwicklung eines Angriffs.

### Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 5. Januar. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Dienstag. Die Deutschen versuchten in der Gegend von Elisenhof (5 Kilometer westlich Lennwarden) die Düna zu überschreiten, wurden jedoch durch unser Feuer zurückgeworfen. — Bei ihrem Versuch, sich mit weißen Mänteln beseitigt, unseren Gräben bei dem Bahnhof Jargrad (13 Kilometer südlich Livenhof) zu nähern, wurden die Deutschen in die Flucht geschlagen. In der Gegend von Czartorysk wurde der Feind zwischen Kosciuchnowa und dem Bahnhof Podzerewice (nördlich der Eisenbahn Kowel-Sarny) aus dem Waldgelände herausgeworfen. — In der Gegend der mittleren Strypa überschritten unsere Truppen die Drahtgitter des Feindes und besetzten einen Teil der Schützengräben östlich des Dorfes Wielawince (8 Kilometer nördlich Buczacj). Ein einzelnes starkes Werk nahmen wir im Sturm. Nördlich Czernowitz besetzten wir eine Linie feindlicher Schützengräben; die hier angelegten Gegenangriffe des Feindes wurden durch unser konzentrisches Artilleriefeuer, welches dem Feinde große Verluste zufügte, abgewiesen.

Kaukasus: Keine Veränderung.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 5. Januar. (B. Z. V.) Amtlicher Heeresbericht vom gestern: Im Gebiet von Niva besetzten unsere Truppen nach sorgfältiger artilleristischer Vorbereitung neue höher gelegene Stellungen an den steilen Abhängen von Diaccia an der Roketta. Nach einem kurzen aber heftigen Kampfe besetzten sie zwei Schützengräben an den Hängen des Monte Sperone. In der Karstgegend drang im Abschnitt von Ronfalcone eine unserer Abteilungen aus ihren Schützengräben vor, machte einen plötzlichen Sprung nach vorn und besetzte eine neue vorgeschobene Stellung, wo sie sich verankerte.

Adriana.

### Zum Untergang der „Persia“.

Alexandrien, 2. Januar. (B. Z. V.) Meldung des Neuterschen Bureaus. Die Geretteten der „Persia“ können nicht viel erzählen, da sich der Vorgang des Sinkens so rasch abspielte, daß sie kaum etwas vom Hergang wissen. Man hatte eben mit dem Frühstück begonnen, als eine heftige Explosion stattfand. Das ganze Schiff wurde stark erschüttert und neigte sich sogleich nach Vordbord. Die von den Stühlen aufgestanden waren und die sich noch nicht im Salon befanden, hatten einige Ausflucht zu entkommen. Viele andere waren wie gelähmt. Sie blieben sitzen, als ob sie an den Stühlen festgenagelt wären. Einige, die das Ged erreicht, konnten sich nicht aufrecht erhalten, sondern glitten in die See, während andere durch die Wellen weggewälzt wurden. Keine Panik entstand. Der gerettete Amerikaner Grant erzählte, er wurde in die Tiefe gezogen und geriet mit den Schuhen ins Lauwerk, kam jedoch los und gelangte an die Oberfläche. Er klammerte sich an einige Bruchstücke. Das letzte, was er von der „Persia“ sah, war, daß der Bug hoch aus dem Wasser ragte, und das schon fünf Minuten nach der Explosion. Als die „Persia“ sank, sah man, Grant zufolge, ein schreckliches Schauspiel. Das Wasser war schwarz wie Tinte.

lastes Schulwesen ist nicht zu denken. Das Fundament der sozialen Gemeinschaft wurde im Bereich der gegeneinander kämpfenden Kriegsmächte ungleich stärker erschüttert und zerstört, als in den Gebieten außerhalb der eigentlichen Operationszone. Oft fragt man sich: bestand die Kultur langer Jahrzehnte, die methodische Schärfung des Bestandes darin, raffinierte Grausamkeiten und Gemeinheiten zu entwickeln, und halten die staunenswerten Fortschritte in der Technik und Chemie etwa bewußt den Zweck, im Anfang des 20. Jahrhunderts ein Riesennetz der Verwüstung und Zerstörung zu vollbringen? Ich höre wiederholt die Meinung ausgesprochen, der Krieg sei die einfache Rückkehr zum Naturzustand und vielleicht eine gesunde Reaktion gegen Verweichlichung, Degeneration und jede Art Lieberkultur. Wenn er nur das wäre! Leider aber ist doch so, daß der Mensch den Naturzustand dank seinem Verstande mit Hilfe seines Geistesmitzes weit, weit an Rohheit übertrifft.

Das Verschleppen eines großen Teils der Bevölkerung aus Aurland, Litauen und Polen, sowie die Zerstörung von gewerblichen Anlagen durch die Russen vermehrte und verschärfte hier noch die schon durch die kriegerischen Ereignisse hervorgerufene Störung friedlicher Arbeit und steigerte in ganz erheblicher Weise das Maß sozialer Schäden. Vor allem bestand die Gefahr, daß große Mengen von Nahrungsmitteln nicht eingeerntet wurden und die Vorbereitungen für die nächste Ernte unterblieben. Solche Leibel zu verhindern, lag auch im Interesse der angelegenen Bevölkerung. Es braucht darum nicht verschwiegen zu werden, daß in erster Linie militärische Gründe für ein ordentliches und regelndes Eingreifen bestimmend waren. Um falschen Meinungen und böswilligen Andeutungen vorzubeugen, sei hier gleich bemerkt, daß die Militärverwaltung, die jetzt von Privaten übernommenen Nahrungsmittel und gewerblichen Güter bar bezahlt und die ausgegebenen Requisitionsscheine einlöst. Aus wohlverstandener Interesse verzichtet man darauf, die Besitzer mit einem Stück Papier abzuspeisen, das aus dem russischen Staatsfiskus kaum einen Rubel herauslocken würde, obwohl mit der Ausstellung von Requisitionsscheinen den Ansprüchen des Völkerrechtes Genüge geleistet wäre. Nach den Bestimmungen dieses mifshandelten und verhöhlten Rechtes hat der Eroberer in dem von ihm besetzten Gebiet auch eine Verwaltung einzurichten, die den bisher geltenden rechtlichen und sozialen Verhältnissen möglichst angepaßt sein soll. In dem Gebiet, das die Armeen Hindenburgs besetzt halten, also vornehmlich Aurland und Litauen, ist die hier gestellte Aufgabe den Etappen zugewiesen. Zur Bewältigung der Verwaltungsarbeiten sind besondere, den Etappeninspektionen unterstellte Abteilungen geschaffen worden. Um jedoch zu verhindern, daß die verschiedenen mehr oder minder autokratischen Verwaltungskörper ein buntes, unübersichtliches und unpraktisches Gebilde herauswachsen lassen, ist jetzt für das dem Oberbefehlshaber Ost unterstellte Gebiet eine Hauptverwaltung eingerichtet worden. Nach einheitlichen Grundrissen wird nun in allen Bezirken für alle Zweige der Verwaltungstechnik und praktischen Arbeiten das Nadelwerk eingeleitet. Die Verwaltung ist eine rein militärische Einrichtung, die lediglich dem Oberbefehlshaber Ost untersteht.

Zie zum Teil noch im Werden begriffenen Abteilungen umfassen folgende Arbeitszweige: Innere Verwaltung, Steuern und Finanzen, Landwirtschaft und Forstwesen, Kultus, Justiz und Post. Die letzte Abteilung ist noch nicht eingerichtet. Die Selbstver-

### Amerika und die Versenkung der „Persia“.

Washington, 4. Januar. (B. Z. V.) Neutermeldung. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Regierung handeln wird, sobald genügend Informationen bekannt sind. Die Beratungen des Kabinetts werden aufgeschoben, weil noch nicht genügend Informationen vorhanden sind, aber der Präsident besprach bereits den Zustand mit mehreren Mitgliedern der Senatskommission für die Beziehungen zum Auslande.

Washington, 4. Januar. (B. Z. V.) Neutermeldung. Staatssekretär Lansing telegraphierte heute an die amerikanischen Konsula in Alexandria, Kairo und Malta, sie möchten sich von den geretteten Personen der „Persia“ Berichte geben lassen und diese im Auszuge nach Amerika telegraphieren.

London, 4. Januar. (B. Z. V.) Die „Times“ erfährt aus Washington, daß das Staatsdepartement Wilson, sobald er nach Washington zurückkehrt, vier gleichlautende Noten an Deutschland, Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien zur Unterzeichnung vorlegen wird, in welchen angefragt wird, ob die Länder den Versicherungen, welche Oesterreich-Ungarn bezüglich der Sicherheit der Amerikaner zur See gab, zustimmen. Es wurde nämlich behauptet, daß das U-Boot, welches den Dampfer „Persia“ versenkte, ein türkisches Fahrzeug war. — Der Korrespondent der „Times“ spricht ferner die Ansicht aus, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten die Regierung wegen des Vorfalls mit der „Persia“ nicht zu einem Krieg zwingen wird, wenn auch die Blätter, die in den östlichen Staaten erscheinen, die Tat scharf verurteilen.

London, 4. Januar. (B. Z. V.) Die „Times“ melden aus Washington, die amerikanische Regierung wünsche scheinbar eine friedliche Beilegung des „Persia“-Falles in der Art, wie der Untergang der „Arabic“ und „Hesperian“ beigelegt wurde. Der Washingtoner Korrespondent der „New York Times“ meint, daß es vielleicht unmöglich sein werde, zu beweisen, daß die „Persia“ durch einen Torpedo und nicht durch eine Mine zum Sinken gebracht worden sei. Der Korrespondent der „New York Times“ weist darauf hin, daß die „Persia“ Gesandte an Bord führte. Der Korrespondent fährt fort, daß im Westen wenig Interesse für maritime Fragen herrsche, und daß das deutsche Argument, daß amerikanische Reisende auf eigene Gefahr handeln, wenn sie auf englischen Schiffen fahren, auf die Massen Eindruck mache. Der Korrespondent zollt sodann dem deutschen Votschafter Bernstorff eine widerwärtige Anerkennung für die ausgezeichnete Leistung, wie er seit dem „Lusitania“-Zwischenfall tätig gewesen sei. Graf Bernstorff habe nicht nur verstanden, sich in einem großen Teile der Presse ein sympathisches Gehör zu verschaffen, sondern seine persönlichen Beziehungen zu den amtlichen Kreisen in Washington seien überraschend gut, und seine Stellung sei auch durch die Abberufung der beiden Attachés keineswegs beeinträchtigt worden. Graf Bernstorff gebe sich die größte Mühe, den Frieden zu erhalten.

### Neue amerikanische Noten an die Zentralmächte.

London, 4. Januar. (B. Z. V.) Die „Times“ erfährt aus Washington, daß das Staatsdepartement Wilson, sobald er nach Washington zurückkehrt, vier gleichlautende Noten an Deutschland, Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien zur Unterzeichnung vorlegen wird, in welchen angefragt wird, ob die Länder den Versicherungen, welche Oesterreich-Ungarn bezüglich der Sicherheit der Amerikaner zur See gab, zustimmen. Es wurde nämlich behauptet, daß das U-Boot, welches den Dampfer „Persia“ versenkte, ein türkisches Fahrzeug war. — Der Korrespondent der „Times“ spricht ferner die Ansicht aus, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten die Regierung wegen des Vorfalls mit der „Persia“ nicht zu einem Krieg zwingen wird, wenn auch die Blätter, die in den östlichen Staaten erscheinen, die Tat scharf verurteilen.

terung und Zusammenziehung der verbindenden Fäden nimmt vorläufig in verschiedenen anderen Abteilungen noch einen erheblichen Teil der Arbeiten in Anspruch. Des besonderen Interesses wegen sei hier schon darauf aufmerksam gemacht, daß die in der nächsten Zeit ihre Tätigkeit aufnehmende Post den Brief- und Telegrammverkehr innerhalb der besetzten Gebiete sowie nach Deutschland und dem Auslande auch für die Zivilbevölkerung aufnimmt, und ihr ferner den direkten Bezug von Zeitungen aus Deutschland ermöglicht. Damit wird einem wirklich dringenden Bedürfnis entsprochen. Bis her lebten die Menschen hier ziemlich abgeschnitten von der Außenwelt. Sie blieben in Unkenntnis über die meisten Ereignisse in ihrer engeren und weiteren Umgebung; die Wellen der Zeitströmungen und -stimmungen kamen an sie nicht heran. Sehr föhrend wurden die Hindernisse im Briefverkehr mit Kaufleuten und Gewerbetreibenden empfunden, und schmerzhaft war die Unmöglichkeit schriftlichen Gedankenaustausches mit Bekannten und Verwandten, über deren Schicksal man in banger Sorge lebte, denen man vom eigenen Wohl und Befeh gern Nachricht geben wollte. Die Soldaten im Felde können jetzt schon, und zwar bei der Fehlpast, auf jede von ihnen gewünschte Zeitung abonnieren. Dadurch ist ihnen Gelegenheit geboten, eine engere Verbindung mit der Heimat zu unterhalten und sich über die Vorgänge im In- und Auslande zu unterrichten. Für die Bevölkerung im besetzten Gebiet bedeutet die Einführung von Zeitungen und die Einrichtung eines Postverkehrs auch eine Förderung und Belebung des ganzen wirtschaftlichen Lebens.

Für den Bereich des Oberbefehlshabers Ost kommen dabei zurzeit schätzungsweise 4 bis 5 Millionen Menschen in Betracht. Das von ihnen bewohnte Gebiet umfaßt rund 120 000 Quadratkilometer. Genaue statistische Erhebungen sind im Gange. Ungefähr zwei Drittel dieser Fläche sind Wäldungen von unermesslichem Wert, zum größten Teil Eigentum der russischen Krone. Da die bisherige Beamenschaft aus Aurland und Litauen verschwunden ist, da sie die Grundbücher mit nach Rußland geschleppt oder vernichtet hat, muß die deutsche Verwaltung von Grund auf ein neues System einrichten. Es liegt auf der Hand, daß die in Deutschland geübte Praxis die hier erworbene Erfahrung nach Möglichkeit auf die Verwaltung Aurlands und Litauens übertragen wird. Im einzelnen mag die Bevölkerung dabei Verleistungen empfinden, wie z. B. beim Schulzwang und Weidewesen, bei der Einführung von Steuern und sanitären Vorschriften usw.

Jedenfalls aber kann man von einer planmäßigen und geordneten Verwaltung nicht unerhebliche soziale Verbesserungen und ein wirtschaftliches Wiederaufleben im besetzten Gebiet erwarten. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß die Soldaten viel Geld im Lande lassen und — wie schon bemerkt — die Militärverwaltung gegen die von den Privatbesitzern und Warenproduzenten laßt. Darin liegt ein gesunder Ausgleich von Leistung und Gegenleistung, der das Vertrauen festigt und die Gütererzeugung, vornehmlich die Produktion von Lebensmitteln, kräftig anregt. Das ist immerhin besser, als wenn unter den Stürmen des Krieges das Land vollständig verödete und verarmte. Ganz gleich, wie sich die politischen Verhältnisse Aurlands und Litauens endgültig gestalten werden, eine ordentliche Verwaltung während der Kriegszeit kann ihrer späteren wirtschaftlichen Entwicklung nicht zum Nachteil gereichen.

D a w e l l, Kriegsberichterstatter.

## Die Wirksamkeit der englischen Blockade.

London, 4. Januar. (W. Z. V.) Ein Weispapier des auswärtigen Amtes enthält eine lange motivierte Erklärung über die Maßregeln, welche ergriffen wurden, um Deutschlands Seehandel abzuschnüden. Es wird darin betont, dass alles mögliche getan wurde, um den Neutralen Unannehmlichkeiten zu ersparen. Das Weispapier gibt einen Ueberblick über die Erfolge der britischen Politik. Volle Informationen seien nicht zu bekommen, aber der Ausfuhrhandel Deutschlands sei so ziemlich gerührt. Was die Einfuhr betrifft, so glaube man, dass einige der wichtigsten Artikel, wie Baumwolle, Wolle und Gummi seit vielen Monaten aus Deutschland ausgeholfen seien. Andere, wie Oel und Milchprodukte seien, wenn überhaupt, nur zu Hungerpreisen zu haben. Die britische Blockade könne nicht verhindern, dass einige Artikel Deutschland erreichten, aber sie sei bis zu einem Grade von Erfolg gekrönt, der von berufener Seite hier und in Deutschland früher für unmöglich gehalten wurde. Die Wirksamkeit der Blockade steige von Tag zu Tag. Man müsse hinzufügen, dass diese Erfolge ohne ernsthafte Reibung mit neutralen Regierungen erzielt wurden. Es seien gute Gründe vorhanden, auf die Wichtigkeit des Wohlwollens der Neutralen für Großbritannien nicht näher einzugehen, aber jeder, der die bürokratische, militärische und kommerzielle Lage der verschiedenen Länder in Betracht ziehe, werde sicherlich den Wert dieser Erwägung nicht unterschätzen.

Das Weispapier folgt die Lage wie folgt zusammen:  
Erstens sei Deutschlands überseeische Ausfuhr ganz lahmgelegt. Ausnahmen seien in Fällen gemacht worden, wo die Anweisung, die Ausfuhr von Gütern nicht zu gestatten, den Neutralen geschadet hätte, ohne Deutschland Schaden zuzufügen.

Zweitens würden alle Güterfrachten nach neutralen Ländern, die an Deutschland grenzen, sorgsam untersucht, um die Güter, die für den Feind bestimmt seien, zu entdecken. Wo Grund für die Annahme vorhanden sei, dass eine einzige solche Bestimmung vorliege, würden die Güter vor das Preisengericht gebracht und in zweifelhaften Fällen zurückgehalten, bis genügende Garantien gegeben wären.

Drittens würden auf Grund der bestehenden Abkommen mit kaufmännischen Körperschaften in verschiedenen neutralen Ländern, die an Deutschland grenzen, strenge Garantien von den Importeuren verlangt, und soweit möglich, der Handel mit dem neutralen Lande eingeschränkt.

Viertens durch Abkommen mit Schifffahrtslinien und durch die strenge Anwendung des Mittels, Bunkertöle zu verweigern, sei ein großer Teil der neutralen Handelsflotte, die mit Skandinavien und Holland Handel treibt, bewogen worden, Bedingungen zuzustimmen, die verhindern sollen, dass von diesen Schiffen Güter verfrachtet werden, welche den Feind erreichen.

Fünftens werde jeder Verstoß gegen Kontingente für die Einfuhr nach den neutralen Ländern festzusetzen, wodurch es erreicht werde, dass die Neutralen nur so viel erhalten, als sie normalerweise für ihren Bedarf benötigen.

## Ein angeblicher Zwischenfall.

Berlin, 5. Januar. (W. Z. V.) Stockholms „Tidningen“ lassen sich aus Rom melden, dass der Korstöpinger Dampfer „Wagda“ innerhalb schwedischer Hoheitsgewässer am 3. Januar 1915 neun Uhr vormittags von einem deutschen bewaffneten Fischdampfer durch scharfen Schuss zum Stoppen gezwungen und nach Angabe seines Bestimmungsortes freigelassen sei. — Wie W. Z. V. von zuständiger Stelle hierzu erzählt, hat sich der Vorfall außerhalb schwedischer Hoheitsgewässer abgepielt. Ferner ist der Dampfer nicht sofort durch einen scharfen Schuss gestoppt worden, sondern er wurde zunächst durch Signal zum Stoppen aufgefordert. Der scharfe Schuss vor den Bug erfolgte erst, als der Dampfer diesem Befehl nicht nachkam.

## Holländischer Dampfer durch eine Mine beschädigt.

Goet van Holland, 5. Januar. (W. Z. V.) Der holländische Dampfer „Loto“ von New York nach Rotterdam stieß südlich Calopper Leuchtschiff auf eine Mine. Er setzte die Reise nach Rotterdam fort.

## Longuet über die elsass-lothringische Frage.

Im „Bonnet rouge“ vom 24. Dezember bespricht der sozialistische Abgeordnete J. Longuet (Longuet suchte auf dem Sozialistentag das letzte Buch des Sorbonne-Professors Gabr. Séailles, „Elsass-Lothringen, die Geschichte einer Annexion“). Es stehe in wohlbekanntem Gegensatz zu den abheulenden und blöden Veröffentlichungen, die der Krieg hervorgerufen hat, besonders zu jener lächerlichen und verhängnisvollen Reihe von Schriften, die von einer Zurückführung Deutschlands, von der Zerstückelung seiner Einheit und der Eroberung des linken Rheinufers träumen. Dieses Buch stelle sich, indem es die einzelnen Stadien der Vereinigung beider Provinzen mit Frankreich vom Westfälischen Frieden bis zur Revolution darlege, auf den festen Boden des Rechts und der Grundsätze der Revolution, die als Forderung aufstelle, dass ein Volk nicht wie eine Sache verhandelt oder gestohlen werden könne, sondern als moralische Persönlichkeit das Recht auf Achtung habe. Dieses Recht wurde durch die Annexion von 1871 verletzt.

Die Schlussfolgerung Séailles' ist, dass Macht nicht Recht schaffe und Elsass-Lothringen zu Frankreich zurückkehren müsse. Longuet bezeichnet dies auch als seinen Wunsch nicht nur in seiner Eigenschaft als Franzose, sondern auch als Sozialist und Internationalist: die Erfüllung dieses Wunsches sei eine wesentliche Bedingung für den Frieden Europas und seine Dauerhaftigkeit. Ueber die Form dieser Wiederherstellung des Rechts bin ich jedoch anderer Ansicht. Ebensonemig wie für 1871 kann ich für 1915 zugeben, dass man über Völker verfüge, ohne sie zu befragen. Im übrigen zweifle ich nicht an dem Ergebnis einer loyal durchgeführten Befragung Elsass-Lothringens.

## Das Verbot des „Forward“.

In Glasgow hat die Polizei die gesamte Auflage der letzten Nummer des sozialistischen Blattes „Forward“ beschlagnahmt. Nach dem „Daily Chronicle“ hat der „Forward“ entgegen dem Verbot des Brehmveraus einen ausführlichen selbständigen Bericht über die Versammlungen in New Castle und Glasgow veröffentlicht, wo Lloyd George in der Weihnachtswochen Ansprachen gehalten hat. Nach diesem Bericht soll unter den Arbeitern im Clyde-Gebiet eine vulkanische Unzufriedenheit sowohl mit dem Munitionsgesetz als auch mit der Novelle zu demselben herrschen, die gegenwärtig vom Parlament beraten wird.

Rotterdam, 5. Januar. (W. Z. V.) Der „Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Liberale und Mitglieder der Arbeiterpartei sprachen im Unterhaus ihren Unwillen über das Verbot des Arbeiterblattes „Forward“ in Glasgow aus. Tennant, der namens der Regierung antwortete, erklärte, er

habe noch keinen amtlichen Bericht erhalten, glaube aber, dass die zuständige Militärbehörde in Schottland auf Ersuchen des Munitionsministers nach dem Landesverteidigungsgesetz gegen das Blatt vorgegangen sei. Adamson (Arbeiterpartei) fragte darauf, seit wann es ein Vergehen sei, einen genauen Bericht über den Empfang zu geben, den die Gewerkschaften dem Munitionsminister bereitet haben, und ob man darin vielleicht die ersten Schritte der Dienstpflicht erblicken müsse. (Anhaltender Beifall.) Als Lloyd George das Haus betrat, wurden weitere Fragen gestellt, die Lloyd George dahin beantwortete, dass das Blatt die Arbeiter am Clyde absichtlich aufgehetzt habe, den Beschluss des Parlaments, dass die Munitionserzeugung vermehrt werden solle, nicht zu beachten. Thomas (Arbeiterpartei) fragte, ob nicht beim Erscheinen der betreffenden Artikel der geeignete Augenblick gewesen wäre, das Blatt zu verbieten. (Hört! hört!) Lloyd George fuhr fort: Wenn dem so wäre, hätte es schon viel früher verboten werden müssen. Asquith versprach, die Frage in Erwägung zu ziehen, ob Gelegenheit zur Erörterung dieser Angelegenheit gegeben werden könne.

## Der Kampf um die Wehrpflichtsbill.

Der Inhalt des neuen Wehrpflichtgesetzes, sein parlamentarischer Schicksal und die Stellung des Kabinetts sind noch keineswegs klar. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus berichtet „Daily Telegraph“ das die Dienstpflichtvorlage noch nicht die Zustimmung aller Minister besitzt. McKenna hat Bedenken finanzieller Natur und Runciman ist dagegen, weil er glaubt, dass Zwangsmassregeln Handel und Industrie ruinieren werden. Das Blatt will aber an maßgebender Stelle erfahren haben, dass weitere Demissionen nicht wahrscheinlich seien. „Daily Graphic“ glaubt, dass die Arbeiterpartei geneigt sei, einen gemäßigten Dienstpflichtentwurf anzunehmen. „Morning Post“ erwartet, dass noch heute über die Vorlage abgestimmt werde und die Minderheit dagegen etwas über hundert Stimmen betragen werde. „Daily Chronicle“ ist der Ansicht, dass nicht mehr als acht Arbeiterparteilerner gegen die Dienstpflicht stimmen, wohl aber die Nationalisten sich der Abstimmung ganz enthalten werden. „Daily News“ schreibt: Freunde McKennas und Runcimans erwarten, dass einer von beiden oder vielleicht beide Ende dieser Woche zurücktreten werden. Wenn das geschieht, würden weitere Demissionen folgen. Der parlamentarische Mitarbeiter der „Daily News“ stellt fest, dass der Anhang zu Gunsten der Dienstpflicht zunimmt und die Gegner eine belanglose Minderheit bilden.

„Times“ sagt im Leitartikel, die neue Bewegung im Kabinett habe einen noch ernsteren Charakter als die Meinungsverschiedenheiten, die in der letzten Woche beigelegt wurden. Das Blatt wendet sich gegen die Forderungen McKennas und Runcimans und sagt: Wir sind gegenüber unseren Verbündeten gewisse Verpflichtungen eingegangen oder haben ihnen wenigstens gewisse Mitteilungen gemacht, wie viele Divisionen wir in voller Stärke im Felde aufrecht erhalten wollen. Wir haben diese Divisionen nicht nur zu beschaffen, sondern auch ihre Abgänge zu ergänzen. Wir haben ferner unsere übrigen normalen militärischen Aufgaben auf anderen Gebieten zu erfüllen. Wir können unsere Ziele nicht einschränken, ohne bei denen, die an unserer Seite stehen, die schlimmsten Besorgnisse zu erwecken. Deshalb ist die neue Bewegung im Kabinett höchst unglücklich und schädlich. Sie setzt in der kritischsten Periode des Krieges ein und muß, wenn sie vorwärts geht, eine äußerst schädliche Wirkung auf den Verlauf des Krieges in diesem Jahre ausüben.

Die „Times“ sagt in einem zweiten Leitartikel, die Nation wiege sich in falscher Sicherheit über die Arbeiterschwierigkeiten. Das Blatt erklärt die amtlichen Berichte über die neulichen Verhandlungen Lloyd Georges mit den Arbeiterführern für irreführend. Die Stimmung unter den Arbeitern habe sich in einigen Bezirken eher verschlechtert, und es bestehe keine Gewähr, dass die Arbeiter sich an die Abkommen halten würden, die ihre Führer mit der Regierung abgeschlossen haben.

London, 4. Januar. (W. Z. V.) Der Präsident des Bergmannsverbandes von Südwales Winstone teilte in einer Rede, die er in Pontygoole hielt, mit, dass der ausführende Ausschuss des Verbandes einstimmig eine Entschliebung gegen die Einführung der Wehrpflicht angenommen habe. Winstone sagte: „Ich weiß, was ich sage. Wenn die Politiker sich nicht vorsehen, werden sie das Kohlenrevier von Südwales zum Stillstand bringen. Die britische Flotte wird keine Kohlen haben, und die Politiker werden die Folgen zu tragen haben.“

London, 4. Januar. (W. Z. V.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Nachricht, dass nach vier Derby-Gruppen aufgerufen werden sollen, wird bestätigt. Es handelt sich um Unverheiratete von 23 bis 28 Jahren.

## Die Wehrpflichtbill im Unterhause.

London, 5. Januar. (W. Z. V.) Unterhaus. Asquith brachte im vollbesetzten Hause die Bill über den Militärdienst em. Er trat dafür ein, dass der Derby-Plan verlängert werde, und dass alle Unverheirateten, die nicht befreit seien, sofort in das Heer eintreten sollten. Er sprach die Hoffnung aus, dass der in der Bill vorgesehene Dienstzwang unnötig sein werde. Asquith fuhr fort: Selbst wenn man von den Bruttogehältern des Derby-Berichts die allergrößten Abzüge mache, so müsse man doch die Zahl der Unverheirateten, die sich nicht gemeldet hätten, als sehr beträchtlich ansehen; es sei daher notwendig, dass den Verheirateten gegebene Versprechen einzulösen, dass sie nicht aufgerufen werden sollten, ehe die Unverheirateten in die Armee eingetreten wären.

Die Bill sieht die automatische Aushebung unverheirateter und kinderloser Witwer von 18 bis 41 Jahren vor, für die kein Grund zur Befreiung besteht. Asquith fuhr fort: Die Leute würden fünf Wochen nach Inkrafttreten der Bill als angemeldet gelten. Die zur Landesverteidigung bestimmten Territorialtruppen würden unter die Bill fallen. Die Befreiungen werden diejenigen einschließen, die unentgeltliche Arbeiten verrichten und die für ihre Angehörigen zu sorgen haben. Wer sich aus Gewissensgründen weigert, wird nur vom Dienst im Felde befreit. Die Bill gilt nicht für Irland. In jedem Bezirke werden Tribunale errichtet, um die Gesuche für die Befreiung zu prüfen. Asquith sagte, er glaube, die Bill werde, soweit man sie vollständig begreife, nahezu allgemein Zustimmung finden. Das Gruppensystem werde wieder in Kraft treten, und die Leute könnten sich jetzt unter dem Gruppensystem melden, bevor die Bill in Kraft tritt.

Sir John Simon begründete seinen Rücktritt. Er sagte, die Freiwilligkeit sei ein nationales Lebensprinzip. Er kritisierte, dass die Regierung den Zwangsdienst einführe, bevor festgestellt war, ob die Zahl der wirklich für den Militärdienst verfügbaren Unverheirateten nicht eine ganz unbedeutende Minderheit wäre.

## Politische Uebersicht.

### Wie weit müssen wir uns einschränken?

Für breite Schichten des Volkes hat der Krieg seit langem eine mehr oder weniger empfindliche Einschränkung der Lebenshaltung gebracht. Aber das richtige Verständnis dafür scheint in einzelnen Kreisen noch immer zu fehlen. So führt das Herrenhausmitglied Graf Kospoth im „Tag“ unter den „Entbehrungen“, die der Krieg gebracht hat, mit folgender auf:

„Wir haben gelernt, dass man in der zweiten Klasse der Eisenbahn ebenso schnell nach Berlin kommt wie in der ersten Klasse, dass drei Politagen in der Woche nicht nur zu ertragen, sondern obendrein recht gesund sind, dass das Auto zwar ein sehr schönes und schnelles Beförderungsmittel ist, man aber in der Stadt mit Hoch- und Straßenbahn, sogar mit der Pferdebahn leichter auch das Ziel erreicht und auf dem Lande auch ohne Auto, ja sogar mit zwei oder vier Pferden statt sechs oder acht im Stall auskommen kann, sogar wenn sie so minderwertig sind wie die jetzigen. Man hat gelernt, dass das Essen, selbst wenn man Gäste hat, mit der Bedienung durch ein nettes Mädchen mit schwarzem Kleid, weißer Schürze und Gäubchen ebenso gut schmeckt, wenn nicht besser, wenn das Mädchen obendrein hässlich ist, als mit einem Diener, der statt der Voree jetzt des Kaisers Rod trägt.“

Wir werden lernen müssen, dass wir nicht mehr in der Lage sein werden, Jagden anzupacken, deren Nachkommen im Versteigerungsweg ins Ungeheure gesteigen sind, und dass es ein Unfug ist, den Abichuß einen guten Sirichs mit 1000 oder 2000 Mark zu bezahlen und dergleichen mehr.“

Nach dem Kriege werden nun, wie Graf Kospoth offen zugeben will, „neue und schwere Steuern“ kommen. Aber ihre Verteilung soll auf schwache und starke Schultern je nach ihrer Kraft abgewälzt werden, und deshalb mühte nach Kospoth eine „weise Kombination von indirekten und direkten Steuern“ getroffen werden. Dass aber neue indirekte Steuern von der Arbeiterklasse anders empfunden werden als der Verzicht auf ein Villetz erster Klasse, scheint das Herrenhausmitglied nicht zu wissen. Selbst über die direkten Steuern hat Graf Kospoth etwas eigenartige Anschauungen, denn noch heute weiß er der längst abgeschafften „Massesteuer“ eine gute Seite abzugewinnen.

### Nationalliberale zur Erklärung Spanns.

Das Zentralkomitee der Nationalliberalen Partei der Provinz Westfalen hat in Dortmund unter dem Vorsitz des Abgeordneten Haarmann eine Versammlung abgehalten, in der folgende Entschliebung einstimmig angenommen wurde:

„In völliger Uebereinstimmung mit seiner Stellungnahme in der Sitzung vom 6. Mai 1915 stellt sich das westfälische Zentralkomitee der Nationalliberalen Partei Westfalens einmütig auf den Boden der von dem Reichstagsabgeordneten Spahn am 9. Dezember im Namen und Auftrag sämtlicher bürgerlichen Parteien abgegebenen Erklärung. Alle Versuche, diesen Standpunkt abzuschwächen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, Versuche, wie sie in gewissen Verlautbarungen der ausländischen Presse erblickt werden konnten, lehnt das Zentralkomitee aufs entschiedenste ab.“

Die letzte Wendung soll sich wohl gegen die Urheber der „Friedensgedanken“ in der „Neuen Zürcher Zeitung“ richten.

### Kriegszustand.

Wiederholt ist auf die staatsrechtlichen Bedenken hingewiesen worden, die gegen den Kriegszustand geltend gemacht werden müssen. Jetzt geht im Januarheft der „Deutschen Juristen-Zeitung“ aus der Westfälische Oberverwaltungsrat und Senatspräsident des preussischen Oberverwaltungsgerichts Dr. G. Struz in Berlin auf die Frage in folgender Weise ein:

Der und in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch haben wohl wir alle unter der Suggestion gestanden, ein Weltkrieg könne nicht länger als wenige Monate dauern, weil kein Großstaat ihr länger aushalten könne. Die Folgen dieses Irrtums machen sich je länger je mehr auf den verschiedensten Gebieten geltend. Hätte man zum Beispiel jemals ernstlich an die Möglichkeit gedacht, den „Kriegszustand“ im Sinne des Artikels 68 der Reichsverfassung jahrelang und im ganzen Reichsgebiet aufrechterhalten zu müssen — wofür übrigens die regierungsfreie im Reichstage angeführten Gründe nicht ausreichen, da sie wohl Ausnahmemaßregeln auf einzelnen Rechtsgebieten, aber nicht den uneingeschränkten Uebergang der vollziehenden Gewalt auf die Militärbefehlshaber rechtfertigen können —, dann hätte man sicherlich ihm längst zeitgemäßere und klarere Rechtsgrundlagen gegeben, als das jetzt 64 Jahre alte, völlig veraltete, von vornherein unklare und nur auf einen kurzen Ausnahmestadium eines, vom Feinde oder von inneren Unruhen unmittelbar bedrohten einzelnen Gebietsteiles zugeschnittene preussische Gesetz vom 4. Juni 1851. Denn es konnte keinem Einflüchtigen verborgen bleiben, dass es je länger, je mehr zu Unzuträglichkeiten führen muß, für längere Dauer und im ganzen Gebiete eines großen Staates, noch dazu eines Bundesstaates, die vollziehende Gewalt ohne gesetzliche Begriffsbestimmung und Abgrenzung in den Händen einer größeren Anzahl keiner verfassungsmäßig verantwortlichen Zentralstelle untergeordneter und den in Kriegzeiten doppelt schwierigen Aufgaben der Staatsverwaltung fremd gegenüberstehender Stellen ohne Verfassungs- und wirksame Rechtskontrolle zu belassen. . . .

Dr. Struz bespricht dann im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen auch die Kriegsbefehlshabersordnung. Gegen sie haben die Sozialdemokraten ebenfalls während der ganzen Dauer des Krieges verfassungsmäßige Bedenken geltend gemacht und verlangt, dass namentlich die Offiziersbezüge herabgesetzt werden. Ein Antrag, der dies ausdrücklich forderte, wurde noch im Dezember im Ausschuss des Reichstages von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Hören wir nun, was ein Mann wie Dr. Struz über die Befehlshabersordnung sagt:

Allerdings sind die Kriegsbefehlshabersvorschriften nicht nur ohne Mitwirkung der Volksvertretung erlassen, sondern auch m. W. amtlich veröffentlicht, was man beides bedauern kann, weil dem Reichstage längst vor dem Kriege nicht hätte entgegen sollen, dass beides mit den Grundlagen des Budgetrechtes eines Verfassungsstaates nicht verträglich ist, und weil nach dem Kriege doch Rechenschaft über die Kriegsbefehlshabers der Offiziere und Beamten gefordert und gegeben werden muß. . . . Soviel ist . . . hierüber zuverlässig bekannt, um behaupten zu können, dass diese Verträge wenn auch vielleicht nicht ausnahmslos, erheblich über das, bei langer Kriegsdauer für die Finanzen, d. h. die Steuerzahler, erträgliche Maß hinausgehen. Kommt höher als im Frieden müssen sie natürlich sein, aber bei weitem nicht in dem Maße, in dem sie es sind. Die Leistungen eines Volkheeres können, wie überhaupt, nicht durch die Befehlshabers des Einzelnen, so insbesondere auch nicht durch überreichliche, nach dem Dienstgrade abgestufte Befehlsbefugnisse seiner Offiziere und Beamten abgegolten werden. Die Gefahren und zeitweisen Entbehrungen im Felde steigen auch nicht mit dem Dienstgrade des Offiziers, sondern richten sich nach der Verdienste des Einzelnen. . . . Besonders wirtschaftliche Opfer bringen im allgemeinen nicht die Berufsoffiziere — die überdies, wenn sie dienstfähig heimkehren, den wirtschaftlichen Vorteil besseren Verdienstsommens haben. . . .



Aus Industrie und Handel.

Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Deutschland und Oesterreich.

Die Kellisten der Kaufmannschaft von Berlin haben eine Resolution gefaßt, in der sie zum Ausdruck bringen, daß ungeachtet der aus der Verschiedenheit der wirtschaftlichen und staatlichen Struktur der beteiligten Länder sich ergebenden großen Schwierigkeiten eine weitestgehende wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns angeht...

Die Lage der Fabrikindustrie in Rußland.

In der Denkschrift der Regierung über die ökonomische Lage Rußlands, die als Beilage zum Entwurf in der Duma eingebracht worden ist, finden sich interessante Daten über die Lage der russischen Fabrikindustrie in den Jahren 1914/15.

Für die innerussische Industrie stellt der Bericht fest, daß zwei Faktoren in günstigen Sinne ihre Entwicklung beeinflusst haben: die großen Kriegslieferungen und das Verbot des Branntweinausfuhr.

Nach einzelnen Industriezweigen geordnet ergibt sich aus der amtlichen Darstellung folgendes Bild. In der Metallindustrie machte sich sofort nach Kriegsbeginn eine starke Belebung bemerkbar.

Die Textilindustrie, die wichtigste Industrie des zentralrussischen Raumes, schrumpfte in den ersten 2-3 Monaten infolge Mangels an Kohle und Jardschiffen ihren Betrieb um 25-30 Prozent ein.

In der Nahrungsmittelindustrie floriert besonders die Mälzindustrie, die mit Lieferungen für die Armee überhäuft war. Die Zuckerindustrie machte bei Beginn des Krieges eine starke Finanzkrise durch, aber gab sich mindestens den Anschein, die finanziellen Schwierigkeiten nicht überwinden zu können.

Hinsichtlich der Gründung neuer Aktienunternehmungen in Handel und Industrie verzeichnet die amtliche Denkschrift einen ziemlich rückgängigen Verlauf.

Aus Groß-Berlin.

Der städtische Lebensmittelverkauf in Berlin

hat, soweit er den Verwaltungen der Markthallen, des Vieh- und Schlachthofes und der Stadtgüter angegliedert ist, bis zum 31. Dezember 1915 folgendes Ergebnis gehabt:

An Kartoffeln wurden 802.200 Zentner zum Wert von 3.436.500 M. abgesetzt, daneben an Berliner kartoffelhandeler Bezugsheine über 550.000 Zentner gegeben. Von Fleisch und Fleischwaren wurden an die Bevölkerung abgegeben 3.345.745 Pfund frisches, gefrorenes und gepökeltes Schweinefleisch, 2.940.715 Pfund geraucherter Speck, 542.250 Pfund geräucherter Schinken und Schinkenpeck, 494.044 Pfund Schmalz und Schmalzfett, 267.475 Pfund Schweinefleischkonserven und 176.902 Pfund Hammelfleisch; außerdem wurden durch die Stadt bezogen und an Fleisch abgegeben 489 lebende Rinder und 2498 lebende Schweine.

Eier für 1.230.950 Mark und rund 9000 Zentner Klippfleisch für 328.154 Mark.

Aus dem Noten Hause.

Die Fraktionen der Berliner Stadtverordnetenversammlung traten am Dienstagabend im Rathaus zusammen. Die Fraktion der Linken (Vorsitzender: Geh. Justizrat Cassel, 1. Stellvertreter: Reichstagspräsident Dr. J. Kaempf, 2. Stellvertreter: Kaufmann Liebenow, Schriftführer: Fabrikant Eiteland, Stellvertreter: Bauart Stapp, Schatzmeister: Direktor Al.) zählt jetzt 62 Mitglieder.

Postauswähler und Publikum.

Der Postbestelldienst muß jetzt zum großen Teil durch wenig geübte Hilfskräfte besorgt werden. Mängel in der Aufschrift der Postsendungen wirken besonders nachteilig für Absender und Empfänger. Dazu gehört eine unbedeutende Verzeichnung des Empfängers, Fehlen der Angabe von Straße und Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk usw.

Die Festtagsgänse.

Der Gänsebraten ist in diesen Tagen von vielen Festtafeln weggelassen, denen er früher zu Weihnachten und Neujahr zur Zierde gereichte. Der Krieg trägt auch hieran die Schuld, denn er hat Millionen der wohlschmeckenden Bratvögel von den städtischen Märkten ferngehalten.

Der Ausfall in der Gänsezufuhr ist um so bedauerlicher, als dadurch auch das Gänsefett uns entzogen wird, welches in Anbetracht der Knappheit in Schweinefett doppelt willkommen sein dürfte. Rußland allein lieferte in den letzten Jahren rund 7 1/2 Millionen Stück lebende Magergänse nach Deutschland.

Die Kautions des Gasautomatenkassierers.

Gegen die Verwaltung der städtischen Gaswerke Berlins klagte beim Gewerbegericht ein früherer Gasautomatenkassierer. In dieser Eigenschaft war der Kläger bei einer Revierinspektion der Gaswerke beschäftigt.

Der Vorsitzende der Kammer 8 des Gewerbegerichts, Magistratsrat Schalhorn, bezeichnete die Klage als aussichtslos, weil der Kläger in der Hauptsache selber schuld daran sei, wenn er infolge Zurückbehaltung der Kautions keine Arbeit finden konnte.

Der Kläger hat ja infolge eines Verlehens den Schein nicht erhalten, worin sich die Gaswerke zum Empfang der Kautions befehlen, aber er habe doch eine Quittung der Revierinspektion über die Kautions in Händen. Wenn er bei Verweigerung um eine Stellung die Quittung vorgezeigt hätte, würde sich jeder Arbeitgeber damit begnügen und abgemauert haben, bis die Kautions aus den Händen der Gaswerke in seine Hand übergeht.

Den Vorschlag des Vorsitzenden, dem Kläger im Vergleichswege 20 M. zu zahlen, lehnte der als Vertreter des Beklagten anwesende Stadtschreiber „aus Prinzip“ ab. Auf Wunsch des Klägers ersuchte das Gericht den Vertreter des Beklagten, er möge seiner Behörde berichten, das Gericht empfehle ihr, ein Gehalt, welches der Kläger um Zahlung eines Lohnanteils für seine Krankheitszeit eintreiben wird, in wohlwollender Erwägung zu ziehen.

Für den städtischen Schmalzverkauf ist die Anordnung ergangen, daß die Berechtigungskarten von den Verkäufern bei jedem Verkauf mit einem Zeichen versehen werden müssen. Vor Ablauf einer Woche darf auf die so gezeichneten Karten weiteres Schmalz nicht entnommen werden.

Eine Liebestragödie wird schon wieder gemeldet. In dem Hause Donaustr. 113 zu Neukölln wohnte der 29 Jahre alte Mechaniker Max Schaller mit seiner Geliebten, einer 28 Jahre alten Martha Kiod zusammen. Der junge Mann war eine Zeitlang abwesend gewesen und erst seit einigen Tagen wieder in Neukölln. Gestern morgen wurden Hausgenossen durch einen starken Gasgeruch auf die Wohnung aufmerksam.

Ein bedauerlicher Unfall hat sich am Dienstag in Lichtenberg zugegetragen. In der Wilhelmstraße hängte sich der siebenjährige Fritz Kitem an die Hinterplattform des Triebwagens eines Zuges der Strahlenbahnlinie 78 an. Als er abspringen wollte, kam er zu Fall und geriet dabei unter den Weiwagen.

Ein zweiter Unfall ereignete sich in der Schönhauser Allee. Dort wurde vor dem Hause 72b der neunjährige Ebert Feuering von einem Strassenbahnwagen der Linie 46 umgerissen. Der Kleine erlitt bei dem Sturz auf das Straßenpflaster eine Gehirnerschütterung.

Kleine Nachrichten. Einam gestorben ist ein 59 Jahre alter Kaufmann Georg Perlewig, der für sich allein in der Wilhelmstraße 20 hauste. Nach ärztlichem Gutachten hat ihn der Herzschlag gerührt. In dem kleinen Tiergarten tot aufgefunden wurde ein 15 Jahre alter Rusfahrer Hermann Gottschalk aus der Wittstocker Str. 20.

Eine Protokolle ist gestern in unserer juristischen Sprechstunde gefunden worden. Diese Karte kann in der Redaktion abgeholt werden.

Aus den Gemeinden.

Stiftung von Sparbüchern für Schöneberger Kriegerwaisen.

Die städtischen Körperschaften von Schöneberg haben die Stiftung von Sparbüchern an die Kriegerwaisen beschlossen. Jedes noch nicht konfirmierte Kind, das Kriegerwaise ist, erhält aus den Ueberschüssen der städtischen Sparkasse ein Sparbuch mit einer Einlage von 30 M., das in Höhe dieses Betrages und der aufzulaufenden Zinsen bis zur Einsegnung des Kindes gesperrt wird.

Beitragserhöhung bei der Wilmersdorfer Landkrankenkasse.

Das Rotgesetz vom 4. August 1914 ordnete an, daß für die Dauer des Krieges bei sämtlichen Orts-, Land-, Betriebs- und Zunftkrankenkassen die Kassenbeiträge 4 1/2 Proz. des Grundlohnes betragen und daß nur die sogenannten Regelleistungen gewährt werden sollten. Die Wilmersdorfer Landkrankenkasse hatte bisher den niedrigeren Beitragssatz von 3 Proz. beibehalten und ihre satzungsmäßigen Mehrleistungen gewährt.

Die Friedhofsfrage in Köpenick.

Vor einigen Jahren hatten unsere Vertreter im Stadtparlament die Schaffung eines städtischen Friedhofes angeregt, ohne den gewünschten Erfolg zu erzielen. Diesen Gedanken zu verwirklichen, ist für Köpenick um so leichter, als die Gemeinde über ausgedehnten Forstbesitz verfügt. Wie wir einem Bericht über die Einführung der im vorigen Herbst gewählten Kirchenältesten entnehmen, hat die Kirchenebene den Wunsch, neues Kirchengelände zu beschaffen. Nach der Rede des Oberpfarrers Herrn Drensfeld ist die Erweiterung des jetzigen Kirchhofes aus Gründen der Vermeidung hoher Kirchensteuer unmöglich.

Anmeldung zur Stammrolle in Köpenick.

Im Laufe dieser Woche, also bis einschließlich zum 8. Januar, haben sich die jungen Militärpflichtigen der Jahrgänge 1896, 95, 94, 93 und früher in den gewöhnlichen Dienststunden von 8-1 und 3-6 Uhr, im Rathaus, Zimmer 25, zur Stammrolle zu melden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Zunächst vielfach heiter, jedoch unbeständig, mit öfter wiederholten, im östlichen Küstengebiet ziemlich starken, sonst meist geringen Niederschlägen und öfters fortwährende Abkühlung. Später im Westen beginnende neue Erwärmung, Trübung und Regenschauer.

# Soziales.

## Wegen Hunger entlassen.

Daß eine Firma ein junges Mädchen entläßt, weil es seinen Hunger zu stillen suchte, kam in derilage der 14-jährigen Elise W. zur Sprache, die in der letzten Sitzung am 5. Januar des Berliner Kaufmannsgerichts gegen das Kinderkonfektionsgeschäft Wertheim (in der Wallstraße) verhandelt wurde.

Bei der Anstellung des jungen Mädchens war eine Tischzeit vereinbart worden, die es bis zum Entlassungstage auch immer wahrnehmen konnte. An dem fraglichen Tage sollte jedoch im Geschäft bis um 1/2 Uhr durchgearbeitet werden. Da die Klägerin nur eine Stulle von Hause mitgenommen hatte, so fragte ihre Mutter telefonisch bei der Geschäftsleitung an, ob die Tochter nicht wenigstens zum Einnehmen der Mittagsmahlzeit schnell nach Hause kommen könne. Dies Verlangen wurde abgelehnt. Das junge Mädchen war schon am Vormittag mehrere Wege geschickt worden und wurde nach der telephonischen Abfrage an die Mutter nochmals zur Erledigung von Tischnähen fortgeschickt. Diese Gelegenheit benutzte es, um nach Hause zu fahren und das Mittagessen einzunehmen. Als es wieder im Geschäft eintraf, wurde es wegen Verletzung des Verbotes entlassen. Wie die Klägerin in der Verhandlung ausführt, wurde sie durch die vielen Befehle mit leerem Magen vor Hungergefühl derartig übermannt, daß sie sich nicht anders zu helfen wußte und schnell nach Hause lief. Auch die Mutter bestätigt, daß Elise in aller Eile das Essen heruntergeschluckt habe und ohne Aufenthalt wieder von Hause fortgegangen sei. Der Vertreter der Beklagten verlor den Standpunkt, daß die Klägerin sich gegen das ausdrückliche Verbot, nach Hause zu gehen, vergangen hat. Habe mal eine Angestellte nicht ausreichend Butterbrot bei sich, dann gebe man ihr etwas ab. Die Frage der Verfeiger, ob man denn der Klägerin etwas abgegeben oder auch nur etwas Brot angeboten habe, muß in dessen der Vertreter verneinen. — Das Kaufmannsgericht empfahl dem Vertreter der Firma, die geforderten 15 M. ohne Urteil zu zahlen, denn der Fall sei doch nach seiner ganzen Sachlage sehr dazu angetan, milder beurteilt zu werden, als irgend ein anderer Ungehorsam. Die Klägerin habe schließlich tatsächlich nur ihren Hunger stillen wollen. Es kam denn auch ein Vergleich in Höhe von 15 M. zustande.

## Verträge gegen den Malertarif.

Der Reichstaxtarif der Maler bestimmt, daß Vereinbarungen, welche den tariflichen Arbeitsbedingungen zuwiderlaufen, nichtig sind. Trotz dieser klaren Bestimmung hat es der beim Malermeister Hauser tätige Polier Schmidt verstanden, die auf dem Neubau der Pulverfabrik in Plaue beschäftigten Maler zur Leistung von Ueberstunden und Sonntagarbeit ohne den tarifmäßigen Zuschlag zu veranlassen. Schmidt stellte es nämlich den Malern frei, nach Feierabend und Sonntags zu arbeiten, erklärte ihnen aber, daß ein Zuschlag für die Ueberzeit nicht bezahlt werde. Wer damit nicht einverstanden sei, brauche keine Ueberstunden machen. Aber es wurden Ueberstunden gemacht, umso mehr, als der Polier manchen Maler direkt fragte, ob er Ueberstunden machen oder am Sonntag arbeiten wolle.

Sechs Maler, welche auf diese Weise um ihren tarifmäßigen Ueberstundenzuschlag gekommen waren, klagten beim Innungs-Schiedsgericht auf Nachzahlung des Zuschlages. Die Kläger forderten zusammen 28 M. Dem Polier Schmidt, der seinen Meister vor dem Innungsschiedsgericht vertrat, wurde hier klar gemacht, daß sein Verhalten ein Verstoß gegen den Tarif und der Anspruch der Kläger begründet sei. Andererseits war aber die Zahl der Ueberstunden streitig. Unter diesen Umständen begnügten sich die Kläger mit einem Vergleich, wonach ihnen die Hälfte ihrer Forderung bezahlt wird.

Wir wissen nicht, ob und wie viele Malerhilfen in derselben Weise geschädigt worden sind wie die Kläger, ohne den Zuschlag nachzufordern. Wenn — was wahrscheinlich ist — auf dem betreffenden Bau eine größere Anzahl Gehilfen längere Zeit ebenso wie die Kläger beschäftigt wurden, dann muß Malermeister Hauser durch die tarifwidrige „Schlaueit“ seines Poliers und — die mangelnde Rückgratfestigkeit der betreffenden Arbeiter einen ansehnlichen Extraprofit erzielt haben.

## Aus einem Nachhof.

Gegen einen Bericht vom 2. November über eine gewerbegerichtliche Verhandlung wendet sich Frau Kunze durch den Rechtsanwalt Dr. Hammerstein. Sie ersucht unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes um folgende Verichtigung:

Frau Kunze hat niemals an die Klägerin das Ansinnen gestellt, sie solle sich vor die Tür des Lokals stellen, um Wüste anzulocken. Ebenfalls entspricht es den Tatsachen, daß im Lokal der Beklagten Gäste „gerupft“ worden sind. Tatsächlich hat die Klägerin eine derartige Behauptung auch gar nicht gestellt. Wenn sie dieses getan hätte, so würde der Tatbestand des Urteils diese Behauptung enthalten. Das Gericht hat nur deshalb der Klägerin einen Teilbetrag zugesprochen, weil es zu der Ansicht kam, es liege keine ordnungsmäßige Mündigung vor. Eine solche sei nicht in der Aussage der Beklagten zu erblicken, sie könne das Lokal nicht mehr weiter betreiben, wenn das Schnapsverbot läme. Gegen dieses Urteil hat die Beklagte im übrigen das Rechtsmittel der Berufung eingelegt.

Diese Berufung entspricht weder dem Preßgesetz, noch ist sie, soweit sie sich auf unseren Bericht bezieht, zutreffend. Tatsächlich hat die Klägerin die von uns wiedergegebene Behauptung im Termin aufgestellt. Durchaus falsch und willkürlich ist die Annahme, weil das schriftliche Urteil die Behauptung nicht widerlegt, sei sie nicht gefallen.

# Berichtszeitung.

## Ein Eisenbahnunglück.

Ein Eisenbahnzusammenstoß auf dem Bahnhof Erkner, der sich am 1. Oktober ereignete und ein Menschenleben zum Opfer forderte, hatte gestern sein Nachspiel vor der I. Strafkammer des Landgerichts III.

Unter der Anlage der fahrplänigen Lösung und Reparatur hatte sich der Referentlokomotivführer Hermann Kunze zu verantworten. Am 1. Oktober nachmittags war der Berliner Vorortzug auf dem nördlich des Bahnsteigs gelegenen Gleis Nr. 3 des Bahnhofs Erkner, seiner End- und Umkehrstation eingefahren. Der Angeklagte, der der Führer der Lokomotive war, war nach Abkuppelung der letzten bis hinter eine Handweiche gefahren und sollte nach Umstellung der Handweiche dann über das Nebengleis zur Belohlungsanlage zurückfahren. Der Angeklagte war nun schon regelwidrig ohne einen Auftrag eines Aufsichtsbeamten losgefahren, er hatte die Steuerung verlegt und fuhr wieder zurück, in der Meinung, daß die Weiche inzwischen umgestellt worden sei. Dies war aber nicht der Fall und so fuhr denn die Lokomotive auf demselben Gleis 3, welches sie eben verlassen hatte und auf welchem ein Zug stand, zurück. Der Angeklagte bemerkte erst im letzten Augenblick das Versehen, der Heizer auf der Lokomotive griff sogleich nach der Handbremse, während der Angeklagte den Dampfregulator abstellte. Das Unglück ließ sich aber nicht mehr vermeiden: die Lokomotive fuhr mit großer Gewalt in den Zug hinein und der letzte Wagen wurde zur Entgleisung gebracht. Der Wagenpuffer des letzten Wagens des letzten und vorletzten Wagens damit beschäftigt war, die Gaschähne zur Verankerung zu öffnen, geriet infolge des Zusammenstoßes zwischen die beiden an den Stirnseiten des Wagens befindlichen Laufrollen, erlitt eine Quetschung

des Kumpfes und fiel zwischen die Schienen. Er hatte eine Perforation der Milz und eine Perforation der Leber erlitten und verstarb alsbald an Verblutung. Außerdem wurde eine junge Dame, die im Augenblick des Zusammenstoßes gerade einen Wagen dritter Klasse besteigen wollte, leicht verletzt. — Das Gericht hielt den Angeklagten im Sinne der Anlage für schuldig und dessen Fahrlässigkeit für eine recht grobe. Das Urteil lautete auf 5 Monate Gefängnis.

## Zu Unrecht beschuldigte Kriegerfrauen.

Einer durchaus unberechtigten Ausdehnung des Betrugsbegriffs, die auf Veranlassung des Schweidniger Magistrats von der Anklagebehörde versucht wurde, trat das Schöffengericht in Schweidnitz entgegen.

Zwei Arbeiterfrauen, deren Männer seit Beginn des Krieges im Felde sind, waren beschuldigt, das Deutsche Reich um 88 M. und die Stadtgemeinde Schweidnitz um 25,20 M. betrogen zu haben. Beide sollen die Wehraufstellungen und den Zuschlag der Stadt erhoben haben zu einer Zeit, wo nach Ansicht des Magistrats die Voraussetzungen dafür nicht mehr vorhanden gewesen sein sollen, weil beide angeklagten Frauen im Laufe der Zeit Arbeit und Verdienst erhalten hätten, aber der Behörde hierüber keine Mitteilung gemacht. Hierauf hatte denn auch der Magistrat seinen Strafantrag gestützt. Das Schöffengericht, vor dem sich die beiden zu verantworten hatten, war jedoch anderer Meinung. Es erkannte auf Freisprechung, weil für die Kriegerfrauen keine Rechtspflicht bestehe, nach der sie Änderungen in ihren Einkommens- und Familienverhältnissen von selbst, wie es der Magistrat verlangt, zu melden hätten. Soweit die Angeklagten über ihre Verhältnisse befragt worden seien, hat die Beweisaufnahme nichts Belastendes für sie ergeben. Beide Angeklagten wurden freigesprochen.

# Aus aller Welt.

## Der Krieg als Mittel zur Schuldentilgung.

Vor wenigen Tagen trat im „Reichsboten“ ein im Felde stehender Pfarrer dafür ein, die Gehälter dieser Geistlichen in der gleichen Weise zu bemessen, wie jetzt die Gehälter der in Heeresdiensten stehenden Beamten abgesetzt sind. Der Mann hatte hinzugefügt, er schäme sich, doppeltes Gehalt zu beziehen. Gegen diesen Vorschlag wendet sich nun ein Pfarrer, ebenfalls im „Reichsboten“ (Nr. 7 vom 5. Januar), indem er eine Reihe von Gründen anführt, von denen auch nicht ein einziger als stichhaltig anerkannt werden kann. Recht bezeichnend ist aber der folgende Grund:

„Und ferner sollte man den Pfarrern, die jetzt endlich die Möglichkeit sehen, aus ihren Schulden herauszukommen, dadurch, daß sie freiwillig die schwere Kriegsarbeit übernehmen, das gönnen. Bei dem Minimalgehalt von 2400 M., das erst nach neun Dienstjahren 3700 M. beträgt, und noch immer nicht an das Minimalgehalt der anderen höheren Beamten herankommt, sind zahllose Pfarrer in große Schulden geraten. Wenn ein Pfarrer mit acht Dienstjahren und fünf Kindern — ein Beispiel aus der Wirklichkeit — nur 3200 M., außer Wohnung, Gehalt hat — wie soll er in solchen Zeiten damit seine Familie ernähren und außerdem noch standesgemäß alle heranwachsenden Anforderungen befriedigen, ohne Schulden zu machen?“

Ganz offen wird hier der Krieg als Erwerbquelle in Anspruch genommen, wenn behauptet wird, der einzelne Pfarrer habe nur deshalb Kriegsdienste genommen, um seine Schulden bezahlen zu können. Eine Erwerbquelle soll der Krieg aber nicht sein — am wenigsten für einen Pfarrer.

## Die Wurzel alles Übels.

Italienischen Zeitungen wird aus Mentone, einem kleinen Ort an der französischen Riviera, von einer merkwürdigen Leichtsinnigen Handlung eines reichen Mannes berichtet, der sich dadurch der Mitleid entbied, irgendwelche leztwillige Verfügung zu treffen. Der 58-jährige Rentier Veleja wurde dieser Tage in seiner Wohnung tot aufgefunden. Er hatte offenbar durch Gift seinem Leben ein Ende gesetzt. In einer Kristallschale stand man Papierasche und einen Zettel, auf dem zu lesen war, daß der Verstorbene für 42000 Franken Staatsische verbrannt hätte. Weitere 30000 Franken in Gold hätte er in anderer Weise befreit, in der festen Ueberzeugung, daß das Geld die Hauptsache der Uebel sei, unter denen die Menschheit leidet.

Verheerungen durch eine Windhose. Die Orte Steinfels, Treppendorf und Wiesenfels in Franken in der Nähe von Bamberg wurden am Montag nachmittags durch eine Windhose schwer heimgesucht. Der Schaden ist außerordentlich groß. Hunderte von Bewohnern sind obdachlos. Einige Dorfbewohner wurden tödlich verletzt. In Steinfels wurden etwa 50 Häuser abgedeckt, in Treppendorf steht nur noch ein Haus. Viele Tausende von Bäumen wurden abgeknippt.

Explosionsunglück in einem französischen Artilleriedepot. Die französische Militärbehörde veröffentlicht die folgende Mitteilung: Am 3. Januar ereignete sich infolge der Explosion einer Granate im Artilleriepark ein Unglücksfall. Dieser ist lediglich einem Zufall zuzuschreiben. Die Untersuchung ergab keinerlei Anhaltspunkte für das Bestehen eines Anschlages. Neun Menschen, darunter ein Zivilist, wurden getötet, 20 verwundet. Die Munitionserzeugung erleidet keine Unterbrechung.

Räuberlicher Heberfall in Polen. Bei einem Besuch mehrerer Gutsnachbarn auf dem Gut Duborze im Kreise Białogóra führten fünf maskierte Banditen einen Heberfall aus. Der Rittergutsbesitzer Johann Karpinski aus Wola-Adamowa wurde durch einen Schuß getötet. Die Räuber erbeuteten über 5000 M. und flüchteten.

# Verlustlisten.

Der Verlustliste Nr. 421 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 2., 3. und 4. Garde-Reg. a. F.; 2. Garde-Reg.-Reg.; Garde-Gren.-Regimenter Alexander, Franz, Elisabeth, Augusta und Nr. 5; Garde-Fuß.-Reg. Gren., bezw. Inf., bezw. Fuß.-Regimenter Nr. 1, 2, 4, 9, 11, 12, 16 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 88), 17 bis einschl. 20, 22, 23, 26, 48, 49 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 227), 54 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 227), 65, 66 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 227), 72 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 227), 75, 84, 88, 90 bis einschl. 93, 95, 96, 97, 111, 113, 114, 117, 118, 128, 129, 131, 132, 135, 136 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 227), 147, 148, 149 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 227), 150, 151, 153, 155 bis einschl. 158, 161, 102 (f. auch Zusammengef. Inf.-Reg. Sid), 163 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 212), 164 bis einschl. 169, 170 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 227), 171, 172, 331, 335, 344, 346. Zusammengeleitete Inf.-Reg. Sid. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 5, 9, 11, 16 bis einschl. 19, 21, 22, 31 (f. Zusammengef. Inf.-Reg. Sid), 46, 66, 74, 77, 78, 83, 86 (f. auch Zusammengef. Inf.-Reg. Sid), 88, 89, 110, 118, 205, 212, 216 bis einschl. 219, 221, 223, 226, 227 (f. auch Gebirgs-Maschinengew.-Abt. Nr. 218), 228, 230, 232, 233, 240, 250, 251, 264 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 227), 267, 268. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 3, 6, 8, 11, 22, 23, 25, 46, 47, 48, 65, 66, 75, 110, 118, 349. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 1. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 3, 7, 8, 9, 17. Landw.-Brig.-Erf.-Batt. Nr. 27 (f. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 1). 4. Garnison-Batt. des 6. Armee-Korps. Schneeschuh-Batt. Nr. 2. Gebirgs-Maschinengew.-Abt. Nr. 218; Feld-Maschinengew.-Büge Nr. 148 (f. Inf.-Reg. Nr. 170) und 317 (f. Zusammengef. Inf.-Reg. Sid). Feldartillerie: Regimenter Nr. 14, 15, 37, 57. Pioniere: Reg. Nr. 25; Bataillone: II. Nr. 4, I. und II. Nr. 8. Feldfliegertruppe. Armierungsbataillone Nr. 35, 37, 47, 83.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 244 wird veröffentlicht, deren Inhalt wir bereits gestern mitteilten.

## Briefkasten der Redaktion.

**N. S. 4.** Sie müssen sich melden. — **S. 2. 106.** 1. Sie können, ohne Benachteiligungen zu befürchten, sofort Antrag auf Rente stellen. 2. und 3. Nein. 4. Das hängt von ärztlichen Gutachten ab, darüber können wir Ihnen nichts Genaueres sagen. — **N. S. 1886.** 1. Die Berlin kann von dieser Verpflichtung zurücktreten; wenden Sie sich wenn, an das Arbeitsamt. 2. Es entsteht dadurch weiter kein Schaden, als daß Herr Oehmanna zur Zahlung der Restmiete verpflichtet ist. — **S. 886.** Sie können Antrag auf Waisensteuer beim Versicherungsamt Berlin, Klosterstr. 65/67, stellen. — **N. S. 104.** Der Mann hat kein Recht darauf. — **S. S. 25.** Sie können den Schadenersatz vom Vermieter nicht verlangen.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Vorstandsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied

### Wilhelm Beyer

Prinz-Eugen-Str. 2, am 3. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. d. M., nachmittags 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem neuen Nazareth-Kirchhof statt. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Drucker

### Richard Fischer

Grüner Weg 34, am 2. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Markus-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt. Rege Beteiligung wird erwartet.

## Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker

### Fritz Froben

am 12. Dezember gestorben ist.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter

### Oskar Kurth

Soldner Str. 69, am 31. Dezember gestorben ist.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter

### Robert Wagner

Gärtelstr. 31, am 28. Dezember gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!  
110/3 Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

### Karl Lugscheider

Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 236, im Alter von 46 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 7. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, auf dem neuen Neuköllner Gemeinde-Friedhof, Rixdorfer Weg, statt. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

### Joseph Kocwarek

Postler Straße 37 im Alter von 51 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 7. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Michael-Kirchhofes in Rixdorfer Weg, statt. Rege Beteiligung wird erwartet.

## Verband der Freidenker für Feuerbestattung zu Berlin.

Am 1. Januar verstarb unser Mitglied, Herr

### Adalbert Zimmermann

Geschäftsvollhaber a. D. zu Tegel im 65. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!  
Die Einäscherung findet morgen Freitag, den 7. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium in der Gerichtstraße statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet

281/2 Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Mannes sage ich allen Beteiligten meinen innigsten Dank.

Die trauernde Gattin

### Frau Rothkirch

und Töchterchen.

## Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 31. Dezember verstarb unser Parteigenosse

### Karl Lugscheider

Kaiser-Friedrich-Str. 236, 3. Bez. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, auf dem Neuköllner Gemeinde-Friedhof, Rixdorfer Weg, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

236/1 Der Vorstand.

## Dankagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes

### Ernst Wiedemann

sage ich hiermit den Genossen des 4. Reichstagswahlkreises, Bez. 287 II, Abt. 22, meinen herzlichsten Dank.

### Pauline Wiedemann

1129 nebst Kindern.

## Dankagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Genossen und Genossinnen des 6. Wahlkreises, den Kollegen und Kolleginnen der Bergmann-Werke, Abteilung Franke, den Vorarbeitern der Wädeli Holzenthal sowie dem Gesangsverein Gesundbrunnen Harmonie unseren verbindlichsten Dank.

### Frau Elisabeth Kurth

nebst Kindern.

## Dankagung.

Für die zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei der Einäscherung meines lieben Mannes, Bruders und Schwagers, insbesondere den Genossen Parafie für die wertvollen Worte und dem Sozialdemokratischen Wahlverein für den schönsten Kreis sage ich meinen herzlichsten Dank.

### Frau Wwe. Niemann.

## Ungenehne Erwerbs-Möglichkeiten

bleibt die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überall

## geschulte Kräfte gesucht

sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht verstimmen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „Syst. Kornack-Hachfeld“ — **Auswählbare 80 Seiten starke Broschüren versenden gern kostenlos**

Benness & Hachfeld, Potsdam. Postfach 167

## Stiefelsohlen

zum Selbstunterrichten. Komplette aufgemacht mit Gummibläschen: Herren 2.95, Damen 2.50. Alexanderstr. 8, Gläuberschir. 64 (Ecke Bahnhofsstr.), Prinzstr. 69, Kaiserstraße 2, Ronnenbaum-Place 5, Kanitzstr. 118, Pestalozzistr. 88 (Eckh.), Poststr. 10, Grüner Weg 83 (am Andreasplatz), Schöneberg, Algenstr. 20; Regis. Albrechtstr. 110; Neukölln, Hermannstr. 17.

## Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl. Billigste Preise. I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden) II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.) Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 2090. Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

## Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl. Billigste Preise. I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden) II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.) Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 2090. Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

## Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl. Billigste Preise. I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden) II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.) Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 2090. Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

## Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl. Billigste Preise. I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden) II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.) Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 2090. Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

## Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl. Billigste Preise. I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden) II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.) Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 2090. Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

## Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl. Billigste Preise. I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden) II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.) Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 2090. Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

## Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl. Billigste Preise. I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden) II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.) Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 2090. Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.